

## Aufbruch oder Untergang?

von Barbara Blaha



☞ Barbara Blaha ist Autorin, Gründerin des Politikongresses Momentum und eine ehemalige Vorsitzende der Österreichischen Hochschülerinnen- und Hochschülerenschaft.

Foto: © Ingo Pertramer

Der Schock über den Beinahe-Wahlsieg der FPÖ bei den Bundespräsidentenwahlen in Österreich verursachte international Schlagzeilen. Die Stärke der FPÖ ist vor allem bedingt durch die Schwäche der Sozialdemokratie im Land. Gewinnt die SPÖ nicht bald an Boden zurück, ist der Aufstieg der Rechten nicht aufzuhalten.

Man muss weder Sympathie noch Mitleid mit dem eben davongejagten Vorsitzenden der SPÖ, Werner Faymann empfinden, um zum Schluss zu kommen: ihm die Schuld für den Zustand der Bewegung alleine in die Schuhe zu schieben, greift entschieden zu kurz. Schon richtig: Die Krise der Sozialdemokratie ist auch ein Personalproblem. Aber wenn wir etwas aus den jüngsten politischen Entwicklungen in Großbritannien oder den USA lernen können, dann, dass es weniger Telegenität ist, die progressive Bewegungen befeuert, als vielmehr die Kombination aus Glaubwürdigkeit, Botschaft und einem kampagnenfähigen Apparat.

Es gibt nichts zu beschönigen: inhaltlich ist die Sozialdemokratie so ausgedünnt, dass selbst SpitzenfunktionärInnen oft nicht klar zu sein scheint, wofür sie steht. Das gilt sowohl für die Tagespolitik als auch für eine längerfristige, grundsätzlichere Orientierung.

Seit bald zwanzig Jahren sinken die Arbeiterreallöhne; bundesweit explodieren die Mieten; die Arbeitslosigkeit ist auf einem Rekordhoch; statt Investitionsoffensiven ins Auge zu fassen wird das schulterzuckend als eine Art Naturzustand hingenommen; prekäre Beschäftigungsverhältnisse greifen um sich; die schwarzblaue Pensionsreform treibt künftige Generationen mit mathematischer Sicherheit in die Altersarmut – nachdem die SPÖ das 2003 zurecht lautstark kritisiert hatte, zog sie es nach der neuerlichen Regierungsübernahme 2007 schlicht vor, darüber kein Wort mehr zu verlieren; was sich in der Pflege abspielt, ist ein Skandal, den tagtäglich zehntausende, vor allem Frauen, ausbaden müssen; mit der ÖVP mag eine Gesamtschule nicht umsetzbar sein – wo hat man aber z.B. versucht, wenigstens die Ganztageschule zu verwirklichen, für die es auch in der Volkspartei Sympathien gibt? Außenpolitisch hat sich die Sozialdemokratie überhaupt abgemeldet. Besonders verheerend ist das in ihrer Haltung zu Europa spürbar: Von den zentralen Verheißungen – eine Friedens- und eine Sozialunion werden zu wollen – ist in der EU nichts übrig. Die Union ist das, was sie immer sein sollte: ein riesiger Binnenmarkt, der Arbeitskräfte, Sozialstandards und Löhne in ein gnadenloses Wettrennen nach unten zwingt. Und was tun wir? Wir bemühen weiterhin die alten Floskeln die niemand mehr glaubt und tun ansonsten: nichts. Die wenigen bekannten Positionen werden nicht glaubwürdiger, wenn man sie je nach vermeintlicher oder tatsächlicher Stimmungslage in ihr Gegenteil verkehrt. Ansichten mögen geteilt werden oder nicht. Aber viel gefährlicher als die Ablehnung ist die Geringschätzung. Schon Machiavelli warnt seinen Fürsten, nichts sei in der Politik gefährlicher als verachtet zu werden. „In Verachtung gerät man, wenn man für leichtsinnig, verweichlicht, kleinherzig und unentschlossen gilt“. Quoderatdemonstrandum: Angela Merkel, die in der Flüchtlingsfrage zumindest vorderhand nicht klein beigegeben hat, mag Sympathiepunkte

eingebüßt haben. Aber selbst ihre Kritiker können nicht umhin zuzugestehen, dass sie an Profil gewonnen hat. Haltung kann auf ein Mindestmaß an Respekt zählen. Werner Faymann, der sich zuerst als Menschenfreund in die Brust warf und dann als hartherziger Abriegler empfahl, wurde mit nassen Fetzen vom Platz gejagt. Dem Opportunisten ist die Schande selbst in den Augen derjenigen gewiss, denen er sich anbietet. Die Zukunft der Sozialdemokratie kann schon deshalb nicht im Schielen nach Rechtsaußen bestehen: es ist nicht nur vom Standpunkt der Grundwerte betrachtet falsch – wie sich von Simmering bis zum Burgenland deutlich ersehen lässt, bringt es auch nichts. Wer will schon die müde Kopie, wenn er das hassstrotzende Original haben kann?

Zur Planlosigkeit im Konkreten gesellt sich der Blindflug im Großen und Ganzen. Der Kapitalismus ist 2008 für alle sichtbar an seine Grenzen gestoßen, unter enormen sozialen Opfern wurde das System mit knapper Not noch einmal mehr schlecht als recht stabilisiert. Niemand weiß, wie viel Zeit bis zur nächsten Krise bleibt. Sicher ist nur: Sie wird kommen. Und die Sozialdemokratie? Steht daneben und bemüht sich nicht aufzufallen.

Der politische Preis, den die gemäßigte Linke in ganz Europa für ihre Nichtpolitik bezahlt ist hoch. Das betrifft nicht nur Wahl-niederlagen. Besonders starke, einst gut verankerte Parteien wie die SPÖ erodieren auch strukturell rasant. Alle fünf Jahre verliert die Partei ein Viertel ihrer Mitglieder; nicht erst die Präsidentschaftswahl hat gezeigt, dass der Apparat der SPÖ im Grunde nicht mehr kampagnenfähig ist. Damit verliert sie ihren größten Wettbewerbsvorteil: den persönlichen Kontakt zur Wählerschaft. Eine starke Sozialdemokratie ist schlichtweg nicht denkbar ohne eine starke Struktur, sprich ohne Menschen, die für die Idee rennen und andere überzeugen können.

Was aber wäre zu tun? Die Sozialdemokratie wird Menschen gewinnen können, wenn sie glaubwürdig ihre Interessen vertritt: Die Interessen arbeitender Menschen, die sich immer schwerer tun, über die Runden zu kommen, die sich Sorgen um die Bildung ihrer Kinder machen oder die um ein würdiges Leben im Alter fürchten. Die Hypothek, die Faymann und vor ihm Gusenbauer, Klima und Vranitzky hinterlassen haben, besteht darin, stets behauptet zu haben, den 90 Prozent helfen zu wollen, die es aus eigener Kraft nicht können – und es doch nie offensiv getan zu haben. Man braucht kein Clausewitz zu sein um zu wissen, dass man in der Defensive alleine auf Dauer keine Auseinandersetzung gewinnt.

Drei Fragen sind es, die nun endlich beantwortet werden müssen, wenn die Partei politisch nicht über die Planken gehen soll: 1.) Wen vertritt die SPÖ? 2.) Wie lässt sich Glaubwürdigkeit wiedergewinnen? 3.) Wie können die darnieder liegenden Parteistrukturen wiederbelebt werden? Die Wortführer der Parteirechten plädieren im Wesentlichen dafür, dem Hartz-IV-Kurs nachzueifern, mit dem sich die SPD für Jahrzehnte ins politische Aus befördert hat. Wesentlichrealistischer scheint es mir, den steinigere Weg zu gehen: Den zur sozialen Interessensvertretung für diejenigen, die weder in der Wirtschaftskammer noch in der Industriellenvertretung beheimatet sind. Unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Herkunft oder ihrem Alter. Ihre Basis wird die Partei nur wiederbeleben können, wenn sie ihre Strukturen demokratisiert. Alle drei Erfordernisse, die politische Neuausrichtung, die Demokratisierung und schließlich die Auswahl geeigneten Personals wird Mut erfordern. Aber wenn es eine Perspektive gibt, dann ist es diese. ■

☞ Hinweis: Die Autorin hat Anfang Juni auch an einer Podiumsdiskussion der DL21 zur SPÖ teilgenommen. Der entsprechende Bericht findet sich unter [www.forum-dl21.de](http://www.forum-dl21.de).